

115/2003

Stuttgart, den 19.05.2003

Grüne: Landesregierung gefährdet Einführung der LKW-Maut

Nach dem Scheitern der Konsensgespräche zwischen Bund und Ländern über die so genannte Mauthöhenverordnung am vergangenen Freitag fordern die Grünen im Landtag Kompromissbereitschaft von der Landesregierung. Landesverkehrsminister Ulrich Müller (CDU) führt diese Gespräche als verkehrspolitischer Koordinator der unionsregierten Länder. „Erwin Teufel muss seinen Minister zur Ordnung rufen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen Boris Palmer. Falls Müller die LKW-Maut in letzter Minute zu Fall bringt, bedeute dies einen immensen Schaden für die Umwelt, die öffentlichen Haushalte und die Verkehrsinvestitionen.

Die Union will gesetzlich festlegen lassen, dass die Maut-Einnahmen zusätzlich zu den bisher im Haushalt eingestellten Straßenbaumitteln für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden müssen. Außerdem verlangt sie höhere Entlastungen für die deutschen Spediteure. Palmer sieht darin eine klare Kompetenzüberschreitung: „Dass die Länderregierungen die Straßenbauinvestitionen des Bundes über den Bundesrat festschreiben wollen, treibt den föderalen Staat in die Handlungsunfähigkeit. Sie nutzen den Hebel der Zustimmungspflicht zur Mauthöhenverordnung für einen Eingriff in das Budgetrecht des Bundestags. Hätten sie damit Erfolg, wären künftig weitere Einsparungen bei der Sozialhilfe und den Rentnern erlaubt, beim Straßenbau aber verboten. Das ist eine absurde Vorstellung.“

Mit seiner Blockadepolitik riskiert Minister Müller nach Palmers Auffassung auch einen Scherbenhaufen für die Verkehrspolitik im Land. „Ohne LKW-Maut werden ausländische Laster die Transitautobahnen immer mehr zustauen, und zwar nahezu kostenlos. Ohne LKW-Maut fehlen aber auch fest eingeplante Mittel für den Autobahnausbau im Land von 75 Mio. € jährlich. Das kann ein verantwortungsvoller Landesverkehrsminister nicht wollen. Vom Umweltminister rede ich gar nicht, der hat anscheinend sowieso nichts zu melden.“

Palmer wies darauf hin, dass nur noch wenig Zeit für eine Einigung bleibe. Die Maut könne nur wie geplant zum 1. September eingeführt werden, wenn der Bundesrat in dieser Woche zustimme. Im Falle des Scheiterns drohe eine jahrelange Verzögerung wegen des von der EU angedachten Maut-Moratoriums im Vorgriff auf die anstehende Novellierung der Wegekostenrichtlinie.

„Erwin Teufel ist jetzt gefordert. Es geht um das Wohl des Landes und des Föderalismus. Die Union muss einsehen, dass der Versuch über den Bundesrat im Bund zu regieren in die totale Blockade führt. Wer alles oder nichts spielt, hat nachher meistens nichts“, sagte Palmer.